

# Der Reidenmeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 61

18. Februar 1975

Dieter Schmale

## Lüdenscheid in den Notjahren 1945 bis 1948

Politische und administrative Verhältnisse in einer westfälischen Mittelstadt nach dem Zusammenbruch

### Vorwort

Im Jahre 1971 behandelte ich das Thema „Lüdenscheid in den Notjahren 1945—1948“ im Rahmen einer Examensarbeit. Die Darstellung der Notjahre in Lüdenscheid beruht auf Archivmaterial des Stadtarchivs Lüdenscheid, verschiedenen schriftlichen Beiträgen und mündlichen Auskünften. Da es eine zusammenfassende Darstellung bisher noch nicht gab, habe ich versucht, das mir vorliegende Material zu einer Gesamtdarstellung auszuwerten. Die Arbeit galt in erster Linie dem Neuaufbau der Selbstverwaltung und dem Wiederbeginn des politischen Lebens unter den besonderen Schwierigkeiten, die sich nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ ergaben.

Der hier erscheinende Beitrag ist ein Auszug aus meiner Arbeit, in der ich auch weitere Gebiete (Wirtschaft und Kultur) berücksichtigt.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches waren die Gemeinden als Träger des öffentlichen Lebens übrig geblieben. Sie mußten mit allen Nöten und Lasten fertig werden. Ohne sie konnte kein neuer Staat entstehen. Der Aufbau einer neuen staatlichen Ordnung war nur auf der breiten und zuverlässig arbeitenden Grundlage einer neu geordneten Gemeindeverwaltung möglich. Der Neuaufbau vollzog sich nach dem Willen und unter der Aufsicht der Besatzungsmächte. In dem Vorspruch zur revidierten DGO, Amtsblatt 7 der Militär-Regierung, heißt es, daß die Schaffung völlig demokratischer Einrichtungen, die auf dem Wahlprinzip beruhen, in Stadien vor sich gehen müsse<sup>1)</sup>.

Am Nachmittag des 13. April 1945 besetzten amerikanische Truppen nach tagelangen Kämpfen in der Umgebung und einer kurzen Beschießung kampfflos die Stadt. Damit begann ein neuer Abschnitt in der fast 700jährigen Stadtgeschichte Lüdenscheids: Die Neuordnung des politischen Lebens und der Neuaufbau einer Selbstverwaltung nach 12jähriger Verwaltung unter dem Führerprinzip der NSDAP. Der Neuaufbau geschah unter erschwerten Bedingungen in den Wirren der Nachkriegszeit mit all ihrer Not und Last. Lüdenscheid überstand den Krieg ohne nennenswerte Schäden und hatte damit einen unvergleichlich besseren Anfang als die meisten deutschen Groß- und Mittelstädte. Die durch Kriegseinwirkungen zerstörte

Fläche betrug 0,10% und der Schadensgrad 39/100<sup>2)</sup>. Diese erstaunliche Tatsache ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die alliierten Stabsstellen die Bedeutung der Lüdenscheider Industrie als Zubringer für die Rüstungsindustrie unterschätzten<sup>3)</sup>.

Mit dem Einmarsch der Amerikaner war die existentielle Bedrohung durch Kriegseinwirkungen zwar beendet, aber die eigentliche Notzeit begann erst jetzt. Die Jahre 1945—48 waren auch für Lüdenscheid Notjahre, weil sich die primitivsten Grundlagen für die Versorgung der Bevölkerung von Woche zu Woche verschlechterten. Zu den Versorgungsproblemen kam eine drückende Wohnungsnot. Das unzerstörte Lüdenscheid war nach Meinung zuständiger Stellen geeignet, eine größere Garnison der Besatzung mit deren Angehörigen aufzunehmen. Dazu strömten noch zahlreiche Flüchtlinge in die Stadt, weil sie Wohnung und Arbeitsmöglichkeiten zu finden hofften<sup>4)</sup>.

Diese Notlagen erschwerten die politische Aufbauarbeit erheblich. Die Ergebnisse der für die Verwaltung verantwortlichen Personen sind weniger in optischen und greifbaren Erfolgen, sondern in der Abwehr weiterer Verelendung zu suchen<sup>5)</sup>.

Die Währungsreform vom 20. 6. 48 bedeutete zwar nicht abrupt die Notzeit, sie kann aber als ihr Wendepunkt angesehen werden. Stadtverwaltung und -vertretung gingen von diesem Zeitpunkt an von der Abwehr der Verelendung über zu einer systematischen und geplanten Behebung der sozialen Mißstände<sup>6)</sup>. Diese Wende wird auch in der stärkeren Trennung von Legislative und Exekutive sichtbar, die unter dem Zwang der Verhältnisse nicht immer klar durchgeführt werden konnte. Bis zum Herbst 1948 war die allgemeine Lage stabiler und übersichtlicher geworden. Die Verwaltung war nun auch wieder voll leistungsfähig. Die aus den Kommunalwahlen vom 17. 10. 48 gewählte Stadtvertretung stand zwar auch noch unter der Kontrolle der Militär-Regierung, sie erhielt aber ein beträchtlich größeres Maß an Selbständigkeit und Verantwortung als die bisherigen Stadtparlamente nach 1945<sup>7)</sup>.

### I. Aufbau und Neuordnung der Selbstverwaltung in Lüdenscheid

1. Erste Maßnahmen der Militär-Regierung zur Sicherung einer technisch funktionierenden Verwaltung

Mit der Besetzung der einzelnen Ortschaften gingen Autorität und Verantwortung der Behörden an die Militär-Regierung über. Sie schaltete die deutsche Verwaltung dabei nicht aus, sondern ließ sie nach dem Prinzip der „indirect rule“ das Ausführungsorgan ihrer Bestimmungen sein. In der ersten Phase der Besatzungszeit war die Militär-Regierung bemüht, eine provisorische, technisch funktionierende Verwaltung der Kommunen zu sichern. In der Personalpolitik und bei den strukturellen Planungen setzte sich zunächst überwiegend der Gesichtspunkt einer technisch funktionierenden Verwaltung durch. Von sofortigen Entlassungen der zur NSDAP gehörenden Beamten sah man ab, wenn die Verwaltung dadurch zusammenzurechen drohte<sup>8)</sup>.

In Lüdenscheid wurden z. B. 7 Beamte nicht entlassen, obwohl die Militär-Regierung ihre Entlassung verfügte. Es waren keine geeigneten Ersatzleute vorhanden, die ihre Stellen hätten einnehmen können. Als höchster Beamter der Stadtverwaltung Lüdenscheid war Verwaltungsdirektor Demmer bis zum Einmarsch der Amerikaner im Dienst geblieben. Der erste Stadtkommandant, Captain Groves, machte Herrn Demmer für Ruhe und Ordnung in der Stadt persönlich verantwortlich. An Demmers NSDAP-Zugehörigkeit nahm der Captain keinen Anstoß. Für die Besetzung war es zunächst wichtig, einen fähigen Mann zur Verfügung zu haben. Für kurze Zeit ernannte der Stadtkommandant den Verleger Dr. Ehmer zum Bürgermeister der Stadt. Dr. Ehmer gab die Bestallungsurkunde jedoch nach einigen Stunden wieder zurück<sup>9)</sup>.

Der Stadtkommandant ernannte nun Herrn Demmer zum kommissarischen Bürgermeister. Herr Demmer mußte täglich beim Kommandanten erscheinen, dort Bericht erstatten und Anordnungen entgegennehmen. Er hatte über alle Vorgänge in der Verwaltung Rede und Antwort zu stehen und sich für seine getroffenen Maßnahmen zu rechtfertigen<sup>10)</sup>.

Soweit die Militär-Regierung die Angehörigen der Stadtverwaltung im Dienst beließ, galt dies als eine vorläufige Maßnahme, die jederzeit wieder rückgängig gemacht werden konnte<sup>11)</sup>.

Mit anderen Personen, die der NSDAP angehörten und ihnen für ihre Zwecke nicht so

wichtig erschienen, nahmen die Amerikaner weniger Rücksicht. Nach Denunziationen aus der Bevölkerung verhafteten sie einige ehemalige NSDAP-Mitglieder. Die Amerikaner brachten sie in auswärtige Lager oder setzten sie für Aufräumungsarbeiten und Bestattungen auf dem Friedhof ein<sup>12)</sup>.

Diese Verhaftungen erfolgten z. T. planlos und willkürlich. Am 17. 4. 45 verhafteten sie 42 Mitarbeiter der Lüdenscheider Metallwerke, weil Fremdarbeiter sie beschuldigt hatten. Von denen, die darum bemüht waren, die Wirtschaft und das öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen, blieb kaum einer von Denunziationen verschont<sup>13)</sup>.

Nachdem die Verwaltung wieder einigermaßen funktionsfähig war, setzte auch im Rathaus eine „Säuberungswelle“ ein. Sie erfolgte nach den Weisungen und Auffassungen der jeweiligen Stadtkommandanten ohne einheitliche Grundsätze und Verfahrensvorschriften<sup>14)</sup>. Es handelte sich hierbei wohl um die erste Entnazifizierungswelle, die aber aus Furcht vor dem Zusammenbruch nicht zu einer schlagartig-radikalen Entlassungswelle führte<sup>15)</sup>. Der Umfang der Maßnahmen hing weitgehend von der Einstellung der jeweiligen Stadtkommandanten ab, die in den ersten Wochen häufig wechselten. Die Besatzungsoffiziere zeigten gegenüber den Deutschen eine ständig wechselnde Einstellung. Dies erschwerte eine kontinuierliche Aufbauarbeit erheblich<sup>16)</sup>.

Einer der Offiziere wollte die Verwaltung in recht drastischer Weise „säubern“ und alle Beamten ohne Ausnahme entlassen. Auf die sachlichen Einwände des zur Mitarbeit herangezogenen Fabrikanten Hoffmeister hin, wies er auf die Straße und sagte, daß dort genug Leute seien, die ein Amt in der Verwaltung übernehmen könnten. In besonders unangenehmer Erinnerung blieb der Captain „No“. Die Lüdenscheider nannten ihn so, weil er alle vorgetragenen Wünsche und Vorschläge mit einem kurzen „No“ ablehnte. Herr Hoffmeister verweigerte schließlich eine weitere Mitarbeit unter diesen Bedingungen. Der Captain war von dieser Haltung sichtlich beeindruckt, streckte Hoffmeister die Hand hin und sagte: „My respect! Sie müssen entschuldigen, aber ich habe in meiner Familie viel Furchtbares durch die Germans erlitten.“ Von da ab war die Zusammenarbeit mit dem Captain besser<sup>17)</sup>.

Der häufige Wechsel der Stadtkommandanten hielt bis zur Übernahme der Stadt durch die Engländer am 1. 6. 45 an. Von diesem Zeitpunkt an kam mehr Stetigkeit in die Maßnahmen der Militär-Regierung. Der Aufbau konnte nun, zwar weiterhin langsam, aber doch kontinuierlicher als bisher weitergehen<sup>18)</sup>.

## 2. Die vorläufige kollegiale Stadtverwaltung als Vorstufe des ersten Stadtparlamentes (Mai 1945 bis Dezember 1945).

Am 12. Mai 1945 regte sich der erste Anfang einer parlamentarischen Tätigkeit. Die Militär-Regierung ernannte 5 Bürger in die vorläufige kollegiale Stadtverwaltung. Dieses „Fünferkollegium“ war den verbliebenen Angehörigen der Verwaltung beigeordnet und für bestimmte Aufgabenbereiche zuständig. Die Bevölkerung erhielt am 19. 5. 45 durch die „Amtlichen Bekanntmachungen“ eine Mitteilung über diese Maßnahme<sup>19)</sup>.

Zur vorläufigen kollegialen Stadtverwaltung gehörten:

Fabrikant Willy Hoffmeister (Referat Stadtwerke),  
Fabrikarbeiter bzw. Redakteur Wilhelm Kattwinkel (Ref. Polizei),  
Angestellter Gustav Raulf (Ref. Versicherungsamt und Krankenhaus),  
Fabrikarbeiter Karl Schütte (Ref. Ernährung und Wirtschaft),  
Organist Wilhelm Jäger (Ref. nicht bekannt)<sup>20)</sup>.

Wolfgang Rudzio stellt fest, daß die genannten Beiräte der erste Keim einer Reprä-

sentation der Bevölkerung waren. Die Mitglieder vertraten verschiedene Berufsgruppen und Parteien, letztere bereits vor deren formeller Zulassung<sup>21)</sup>. Diese Feststellung trifft auch für Lüdenscheid zu.

Die vorläufige kollegiale Stadtverwaltung, die später Hauptausschuß oder auch Stadtausschuß hieß, tagte zunächst täglich, später ein- bis zweimal in der Woche. Sie trug die Alleinverantwortung und beriet und entschied über alle wichtigen Maßnahmen. Die Verwaltung führte ihre Beschlüsse durch, sofern sie der Stadtkommandant genehmigte<sup>22)</sup>. Zum Verdienst des Kollegiums zählt, daß die Verwaltung schon recht bald wieder ihren Dienst in geordneter Weise verrichten konnte und es zu einer sachlichen Zusammenarbeit mit der Militär-Regierung kam<sup>23)</sup>. Verwaltungsdirektor Demmer nannte die Zusammenarbeit zwischen dem Kollegium und ihm gut und reibungslos verlaufend<sup>24)</sup>. In seinen schriftlichen Erinnerungen heißt es: „Dieser Ausschuß, der wöchentlich einmal zusammentrat, wurde von mir über alle Ereignisse und Maßnahmen unterrichtet. Er faßte richtungweisende Entschlüsse und war der Vorläufer der 1946 eingesetzten größeren Stadtvertretung. Er hatte, wie ich Mitte Mai von einer Delegation der Regierung in Arnberg erfuhr, im Regierungsbezirk Arnberg nicht seinesgleichen<sup>25)</sup>.“

Im Vergleich mit den Darstellungen Rudzios zeigten sich in Lüdenscheid Unterschiede zu anderen Städten. Nach Rudzio hatten die Verwaltungsleiter praktisch unbeschränkte Befugnisse. Den Beiräten kam nur eine beratende Funktion zu. Da die Verwaltungsleiter den Vorsitz führten, war eine kritische Meinungsbildung kaum wahrscheinlich<sup>26)</sup>. Das Lüdenscheider Kollegium war nicht nur beratend, sondern in erster Linie beschließend tätig. Seine Beschlüsse galten für die Verwaltung als verbindlich und waren von ihr durchzuführen. Die vorläufige kollegiale Stadtverwaltung versah bis Ende Dezember 1945 ihren Dienst. Die Arbeit der 5 Bürger geschah unter großem persönlichen Einsatz und erforderte Entschlußkraft, Beweglichkeit und Initiative.

## 3. Die vorläufige ernannte Stadtvertretung (Januar 1946 bis Oktober 1946)

Ab September 1945 vollzog sich eine Wende in der britischen Politik für die Kommunalverwaltungen in der britischen Besatzungszone. Das wirklich Neue war, daß nach dem englischen Modell die politische Führung allein bei den parlamentarischen Gremien mit einem ehrenamtlichen „Bürgermeister“ liegen sollte. Das Beamtentum sollte eine unpolitische Rolle übernehmen<sup>27)</sup>. Die britische Kontrollkommission steuerte auf „eine gründliche Abänderung der deutschen Traditionen der Verwaltung hin“<sup>28)</sup>. Damit leisteten die Briten einen spezifischen Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands.

Die Durchführung der Verwaltungsreform vollzog sich in mehreren Schritten. Die Direktive vom September 1945 sah die „sofortige Errichtung von Vertretungen auf lokaler Basis vor“<sup>29)</sup>. Die bisherigen Beiräte oder Ausschüsse wurden nun planmäßig durch sogenannte „Nominated Representative Councils“ (NRC) ersetzt. Dabei erwies sich die „angemessene Repräsentation“ aller Interessen als das Hauptproblem. Die Deutschen (organisierte Interessengruppen, Kirchen, Bürgermeister, einzelne Bürger, die das Vertrauen der Militär-Regierung besaßen), konnten die Kandidaten für das „NRC“ vorschlagen. Die örtliche Militär-Regierung überprüfte die Vorschläge mit äußerster Vorsicht und ernannte bei zufriedenstellenden Ergebnissen die Kandidaten in die neue Stadtvertretung. Die Zusammensetzung dieser Stadtvertretungen war nicht immer glücklich. Manche politischen Parteien fühlten sich benachteiligt und waren es auch, wie sich bei den Kommunalwahlen im Herbst 1946 zeigen sollte. Die Vertreter der Berufsverbände waren zum Teil auch parteipolitisch engagiert, so daß die Parteien in

Wirklichkeit über ihren eigentlichen Anteil hinaus vertreten waren<sup>30)</sup>.

In Lüdenscheid trat die von der Militär-Regierung ernannte Stadtvertretung am 2. Januar 1946 zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sie hatte 32 Mitglieder und setzte sich aus Vertretern der inzwischen zugelassenen Parteien, des Handwerks, der Industrie, des Handels, der freien Berufe und der Kirchen zusammen. Die Briten wollten eine möglichst breite demokratische Mehrheit für diese Stadtverwaltung bilden<sup>31)</sup>.

Der britische Kreiskommandant Major A. Christian eröffnete die Sitzung. Außer ihm waren Major Mirylees, Stadtkommandant Turner und 5 weitere Offiziere erschienen. In der Eröffnungsansprache von Major Christian tritt das Ziel einer Erziehung zur Demokratie deutlich hervor: „Zwölf Jahre sind Sie nun durch Diktatur regiert worden... Die gesamte Zielsetzung geht darum dahin, Sie wieder in die Demokratie hineinzuführen und damit wieder auf den Weg des Friedens... Lassen Sie mich ferner auf den Satz hinweisen, daß die Politik geführt werden soll von den gewählten Volksvertretern, welche die letzte Verantwortung tragen... Zweck der Sitzungen soll sein, nicht Meinungen an den Mann zu bringen, sondern praktische Arbeit zu leisten... Alle Anwesenden, einschließlich des Oberbürgermeisters, sind nur vorläufig berufen, und die Militär-Regierung behält sich das Recht vor, zu jeder Zeit abzurufen und neu zu besetzen<sup>32)</sup>.“

Für die deutsche Seite meldeten sich drei Vertreter der Parteien zu Wort. Stadtverordneter Winter (KPD) sagte u. a.: „... in der Zulassung von Stadtvertretern sehen wir Kommunisten einen geschichtlichen Wendepunkt von eminenter Bedeutung... Nun schenkt uns die Militär-Regierung ein großes Vertrauen, indem sie schon jetzt die Selbstverwaltung der Gemeinden in unsere Hände legt...“<sup>33)</sup>.

Stadtverordneter Hoffmeister (CDU) sagte in seiner Ansprache: „... gebe ich unserer Freude Ausdruck, daß nunmehr auf dem Wege der Demokratisierung unseres Volkslebens mit Hilfe der Militär-Regierung eine große Stadtverwaltung zustande gekommen ist...“<sup>34)</sup>.

Stadtverordneter Kattwinkel (SPD) erklärte: „Wir Sozialdemokraten begrüßen die Bildung dieser neuen Stadtvertretung. Sie trägt zwar noch die Streifen der Zwangsjacke, wie die Arbeit unserer ganzen Verwaltung sie noch für die nächste Zukunft tragen wird, aber in Anbetracht dessen, daß sie ein Übergangsstadium unseres Volkes ist, nehmen wir sie willig an...“<sup>35)</sup>.

Wie Rudzio ausführte, war es nicht immer möglich, überall auch nur halbwegs zufriedenstellende Repräsentationen unter parteipolitischen, soziologischen und lokalen Gesichtspunkten zu erreichen. Die Militär-Regierung wollte zwar eine „strenge Neutralität“ gegenüber allen Parteien wahren, benachteiligte aber mancherorts politische Parteien, wie sich bei den Kommunalwahlen im Herbst 1946 zeigen sollte<sup>36)</sup>.

Die von Rudzio angesprochene Problematik wird auch in Lüdenscheid deutlich. Zur vorläufigen ernannten Stadtvertretung gehörten:

6 Vertreter der SPD  
6 Vertreter der KPD  
6 Vertreter der CDU  
3 Vertreter der Arbeiterschaft  
3 Vertreter der Industrie  
2 Vertreter der handwerklichen Berufe  
2 Vertreter des Handels  
2 Vertreter der freien Berufe  
2 Vertreter der Kirchen<sup>37)</sup>.

Das Verhältnis der politischen Parteien zu den anderen Gruppen betrug somit 18 Sitze zu 14 Sitze. Nach meiner Feststellung gehörten von den Vertretern der Berufsstände und Kirchen 12 Bürger einer der drei Parteien an (CDU 5, SPD 3, KPD 2). Ob diese Vertreter

nun überwiegend die Interessen ihres Standes oder die Interessen ihrer Partei wahrnahmen, läßt sich aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht feststellen. Wahrscheinlich ist, daß diese Stadtvertretung ungeachtet der politischen und weltanschaulichen Unterschiede ein gemeinsames Interesse hatte: Not und Elend von der Bevölkerung abzuwenden oder zu lindern. „Kein Stadtparlament von Lüdenscheid ist wie dieses jemals vorher hineingestellt gewesen in den Kampf gegen den Tod des Verhungerns und des Erfrierens...“<sup>38)</sup>.

In der Sitzung der Stadtvertretung vom 25. 1. 46 gab Oberbürgermeister Weiland bekannt, daß nach einer Anordnung der Militärregierung der britischen Zone das Amt des hauptamtlichen Leiters der Stadtverwaltung von der politischen Führung der Stadt und der Stadtvertretung sofort nach dem Vorbild der englischen Gemeindeverfassung zu trennen sei. Da Weiland sich für das Amt des Oberstadtdirektors entschied, hatten die Stadtverordneten nun einen ehrenamtlichen Oberbürgermeister und Bürgermeister zu wählen. Der Stadtverordnete Hueck schlug den Stadtverordneten Hoffmeister für die Wahl zum Oberbürgermeister vor und wies auf die Verdienste hin, die sich Hoffmeister in den ersten Tagen der Besatzungszeit und später im Stadtausschuß erwarb. Die SPD schlug ihrerseits den Stadtverordneten Bürger vor. In geheimer Wahl fielen 17 Stimmen auf Bürger und 15 Stimmen auf Hoffmeister. Die Wahl des Bürgermeisters fiel mit dem gleichen Ergebnis auf den Stadtverordneten Winter (KPD) gegen den Stadtverordneten Hoffmeister<sup>39)</sup>.



Willi Bürger  
Oberbürgermeister  
vom 15. 1. 46 — 23. 10. 46

Das Wahlergebnis zeigt deutlich, daß in dieser Stadtvertretung 17 Vertreter bzw. Anhänger der SPD und KPD saßen. Die CDU war also mit 15 Vertretern bzw. Anhängern vertreten. Es kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die CDU zu ihren elf Mitgliedern noch auf einen Vertreter des Handwerks und auf die Vertreter der freien Berufe und der Kirchen rechnen konnte.

Für die neue Stadtvertretung als Legislative und die Stadtverwaltung als Exekutive war es zunächst nicht leicht, sich unter Beachtung der Kompetenzen in das neue System einzuarbeiten. Unter dem Zwang der Verhältnisse konnten die Beteiligten die Funktionstrennung nicht immer in der gewünschten Weise durchführen. Die Schwierigkeiten, die dabei auftraten, waren vorwiegend organisatorischer Art und nicht wesentlich durch Machtkämpfe hervorgerufen. Rudzio weist darauf hin, daß sich insgesamt die Tendenz zeigte,



Paul Winter † 11. 6. 65  
Bürgermeister  
vom 25. 1. 46 — 23. 10. 46

die Rechte der kommunalen Parlamente zugunsten der Bürokratie einzuschränken, was durch örtlich unterschiedliche Gemeindeverfassungen möglich war<sup>40)</sup>. Diese Feststellung trifft für Lüdenscheid aber nicht zu. Am 9. 10. 1946 — wenige Tage vor der Ablösung der vorläufigen ernannten Stadtvertretung sagte Oberbürgermeister Bürger in einer Sitzung: „Ich stelle fest, daß die Zusammenarbeit zwischen der Stadtvertretung und der Verwaltung, dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor eine vertrauensvolle ist. Kompetenzschwierigkeiten kennen wir in Lüdenscheid nicht<sup>41)</sup>.“

Diese Erklärung schließt nicht aus, daß es auch in Lüdenscheid kritische und ablehnende Stimmen gegeben hat, die z. T. aus der Verwaltung kamen. Für die in der alten Verwaltungstradition lebenden Beamten wird es nicht leicht gewesen sein, einen Teil ihrer Kompetenzen an Nichtfachleute abzugeben.

Der baldige Wechsel des Oberstadtdirektors im Frühjahr 1946 könnte u.U. Ausdruck vorübergehender Kompetenzschwierigkeiten gewesen sein (siehe auch den Abschnitt „Verwaltung“). Der neue Oberstadtdirektor, H. Born, war im Gegensatz zu seinem Vorgänger ein loyaler Mann, der stets um einen Ausgleich bemüht war und es verstand, durch persönliche Kontakte und Gespräche auftauchende Schwierigkeiten zu beheben. Dazu kam, daß H. Born als ehemaliger Bankkaufmann nicht mit einer Tradition belastet war, die dem neuen System vielfach entgegenstand. Wenn es zu Schwierigkeiten mit der Stadtvertretung kam, dann waren sie stets fachlicher Art und entstanden nicht durch Kompetenzstreit<sup>42)</sup>. Die Feststellung des Oberbürgermeisters Bürger trifft somit weitgehend zu.

4. Die Stadtvertretung aus den Kommunalwahlen vom 13. 10. 1946

Den letzten abschließenden Schritt zur Neuordnung stellten die Gemeindewahlen vom 13. 10. 46 dar. Im Vergleich zur US-Zone, wo diese Wahlen bereits Anfang 1946 durchgeführt wurden, fanden sie in der britischen Zone verhältnismäßig spät statt. Rudzio führt dies darauf zurück, daß die Briten zunächst zögerten, unerfahrenen demokratischen Politikern die Verantwortung für die katastrophale wirtschaftliche Situation aufzubürden<sup>43)</sup>. Die Wahlen erfolgten nach dem Mehrheitsprinzip, wie es auch in England bei den Kommunalwahlen angewandt wird. Dieses Wahlsystem führte dazu, daß einige Parteien eine Sitzmehrheit erhielten, die in keinem rechten Verhältnis zu den Stimmenanteilen stand<sup>44)</sup>. Der Lüdenscheider Bürgermei-

ster Winter (KPD) lehnte Wahlmodus und Wahlsystem ab. Er erklärte, daß sie für deutsches Empfinden fremd und geradezu undemokratisch seien<sup>45)</sup>.

Bei den Kommunalwahlen vom Oktober 1948 ersetzten die Deutschen dieses System durch entsprechende Kommunalwahlgesetze der Länder, die das Verhältniswahlrecht vorsehen. Die Briten waren mit dieser Entwicklung zwar nicht einverstanden, legten aber kein Veto ein<sup>46)</sup>.

Die bisher beschriebene Wiederaufbauarbeit ließ noch weitgehend die Merkmale einer „repräsentativen Demokratie“ vermessen, denn die Militär-Regierung und nicht die freie Wahl der Bevölkerung erteilte den Auftrag zur Geschäftsführung. Mit der Verordnung Nr. 57 der Militär-Regierung vom 1. 12. 1946 zeigte sich das Ende der Reformwelle an. Die britische Besatzungsmacht zog sich weitgehend aus der kommunalen Ebene zurück. Es blieb nur noch der Kreisoffizier mit beratender Funktion zurück<sup>47)</sup>.

Am 13. Oktober 1946 wählte die Lüdenscheider Bevölkerung zum erstenmal nach 17 Jahren wieder eine Stadtvertretung. Es waren 33 200 Bürger stimmberechtigt, von denen 24 612 (74,13 Prozent) ihre Stimmzettel abgaben. Die Stimmen — einschließlich der Stimmen für die Reservelisten — verteilten sich wie folgt:

CDU 34 995 Stimmen (51,4%), 22 Sitze  
SPD 26 747 Stimmen (39,3%), 7 Sitze  
KPD 6 322 Stimmen (9,3%), 1 Sitz<sup>48)</sup>.

Wie ich bereits erwähnte, erfolgten diese Wahlen nach dem Mehrheitsprinzip, das z. T. auf Ablehnung stieß. Das Lüdenscheider Ergebnis zeigt, daß die Sitzverteilung nicht den Anteilen der auf die einzelnen Parteien fallenden Stimmen entsprach. Der Stadtverordnete Winter (KPD) bemängelte in der ersten Sitzung der gewählten Stadtvertretung noch einmal das Wahlsystem und stellte fest, daß sich diese Stadtvertretung nach dem Verhältniswahlrecht aus 16 Vertretern der CDU, 12 Vertretern der SPD und 2 Vertretern der KPD zusammengesetzt hätte<sup>49)</sup>. Das angewandte Mehrheitswahlrecht benachteiligte die SPD zugunsten der CDU. Die KPD, die in der vorläufigen ernannten Stadtvertretung mit 6 bzw. 8 Mitgliedern vertreten war, hätte höchstens noch einen Sitz dazu bekommen können. Der Wille der Wähler sprach sich deutlich gegen eine starke Beteiligung der KPD aus, wie sie in der vorläufigen ernannten Stadtvertretung noch gegeben war. Die CDU schnitt in Lüdenscheid im Gegensatz zu den späteren Wahlen gut ab. Sie hat m. W. später in Lüdenscheid keine Kommunalwahl mehr gewonnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die notleidende Bevölkerung unbewußt und sicher nicht mit Recht die SPD für manche Mißstände verantwortlich machte und sich von der noch recht unbekannteren CDU mehr versprach. Klare Auskünfte über die Hintergründe des Wahlergebnisses vom 13. 10. 46 konnte ich trotz verschiedener Befragungen nicht erhalten.

Die Wahl des Oberbürgermeisters in der Sitzung vom 23. 10. 46 war eine klare Sache der CDU. Der Stadtverordnete Richard Hueck wurde gegen 7 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. Seitens der CDU war man gewillt, der SPD das Amt des Bürgermeisters zu überlassen. Der Stadtverordnete Hanstein lehnte für die SPD ab, die Bürgermeisterstelle zu besetzen. Er erklärte: „Nach unserer Ansicht gehören alle äußerlich sichtbaren und verantwortlichen Positionen in die Hände der politischen Kräfte, die in diesem Parlament über eine eindeutige Mehrheit verfügen<sup>50)</sup>.“

Die SPD-Fraktion erklärte, daß sie aber trotz dieser Ablehnung bereit sei, auch weiterhin an der Behebung der Not nach besten Kräften mitzuarbeiten<sup>51)</sup>.

Die Stadtvertretung wählte nun bei 7 Gegenstimmen den Stadtverordneten Lübbert (CDU) zum Bürgermeister<sup>52)</sup>.



Richard Hueck † 14. 2. 68  
Oberbürgermeister  
vom 23. 10. 46 — 6. 7. 48



Heinrich Lübbert † 15. 10. 67  
Bürgermeister  
vom 23. 10. 46 — 16. 10. 48



Ernst Mehlich † 18. 3. 68  
Oberbürgermeister  
vom 6. 7. 48 — 4. 11. 48

Der neue Oberbürgermeister dankte seinem Vorgänger, der nun aus dem Rat ausschied, für das „ungewöhnliche Maß an Tatkraft und Fleiß, mit dem er die Verwaltung der Stadt  $\frac{3}{4}$  Jahr lang in schwerster Zeit geleitet hat<sup>59)</sup>.“ In seiner weiteren Rede wandte Oberbürgermeister Hueck sich an alle Ratsmitglieder und bat sie, über allen Meinungsverschiedenheiten nicht das gemeinsame Ziel aus den Augen zu verlieren. „Wir wollen der Not steuern, wo sie uns begegnet, wir wollen den Ärmsten helfen und dafür sorgen, daß die Lebensverhältnisse in unserer Stadt wieder erträglich werden. Jeder kleinliche Streit lähmt unsere Kraft, und wir können nur etwas erreichen, wenn wir einig sind<sup>64)</sup>.“

Zu den SPD- und KPD-Fraktionen gewandt, sagte er, daß der Rat die Mitarbeit der Mitglieder der sozialistischen Parteien auch in Zukunft nicht entbehren könne. Er wünsche, daß sie auch weiterhin in den Ausschüssen vertreten seien<sup>65)</sup>.

Anläßlich der ersten Sitzung der frei gewählten Stadtvertretung, der 15 Mitglieder der freien Wirtschaft angehörten, kam es zu einer Entschließung, die sozialer und wirt-

schaftlicher Art war. Man erhob Einspruch gegen das Verbot der Militär-Regierung, von 7—18 Uhr Strom zu verbrauchen, da dies zu kräftezehrenden Nachtschichten führte und wies sie mit Nachdruck auf die nachteiligen Folgen der geplanten Demontage im Raum Lüdenscheid hin<sup>66)</sup>.

In der folgenden Legislaturperiode nahmen die neue Ordnung, die den Ablauf des gemeindlichen Lebens bestimmte und regelte und der ständige Kampf gegen die zunehmende Verelendung die Mitglieder der Stadtvertretung in einem Ausmaß wie nie zuvor in Anspruch. Ihre Arbeit erstreckte sich nicht nur auf die Sitzungen der Stadtvertretung, sondern in einem noch viel stärkeren Maße auf die Beteiligung in den Ausschüssen. Diese Stadtvertretung nahm in der Notzeit die längste Amtsperiode ein (2 Jahre). Die besonderen Probleme, denen sie sich zu widmen hatte, beschreibe ich noch eingehend in einer Fortsetzung. Zu erwähnen ist noch, daß Oberbürgermeister Hueck in der Sitzung vom 6. 7. 48 sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung stellte. Die Stadtvertretung wählte für den Rest der Legislaturperiode einstimmig den Stadtverordneten Mehlich (CDU) zum Oberbürgermeister<sup>67)</sup>. In die Amtszeit des Oberbürgermeisters Hueck fallen folgende gemeinsame Bemühungen: Die Ausgabe des „Lüdenscheider Notpfennigs“ für eine zusätzliche Fürsorge, Einführung der Milchbestrahlung zur Bekämpfung der Rachitis, Einrichtung einer Vollapotheke im Städt. Krankenhaus, Anwendung klarer Rechtsgrundsätze bei der Entnazifizierung, eine bessere Versorgung der Stadt und der Industrie mit Strom und eine verständnisvolle Zusammenarbeit mit der Militär-Regierung<sup>68)</sup>.

d. Die Stadtvertretung aus den Kommunalwahlen vom 17. Oktober 1948

Die Gemeindewahlen vom 17. 10. 48, durchgeführt nach dem geänderten Gemeindewahlgesetz vom 6. 4. 48, brachten in Lüdenscheid ein Ergebnis, das von den Wahlen am 13. 10. 1946 abwich. Bei einer Wahlbeteiligung von 72,5% wählten 25 433 Bürger die neue Stadtvertretung mit 25 Mitgliedern. Es entfielen auf die

SPD — 10 074 Stimmen = 39,61% = 10 Sitze  
CDU — 9 230 Stimmen = 36,29% = 9 Sitze  
RSF — 2 630 Stimmen = 10,34% = 3 Sitze  
(RSF siehe Abkürzungen)  
FDP — 2 110 Stimmen = 8,3% = 2 Sitze  
KPD — 1 389 Stimmen = 5,46% = 1 Sitz<sup>69)</sup>.

Die Wahl-Analyse ergibt, daß bei der SPD keine wesentliche Veränderung eintrat. Der Anteil der KPD ging um 3,84% zurück. Da sie

knapp über 5% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, konnte sie noch einmal einen Vertreter in die Stadtvertretung entsenden. Der Anteil der CDU ging um 14,11% zurück. Es ist anzunehmen, daß ein Teil der Wähler, die am 13. 10. 46 der CDU ihre Stimmen gaben, nun die RSF oder die FDP wählten. Ein Teil der bisherigen KPD-Stimmen ging wahrscheinlich auch an die RSF.

Die neue Stadtvertretung wählte in ihrer ersten Sitzung am 4. 11. 48 den Oberbürgermeister und den Bürgermeister. 14 Mitglieder gaben ihre Stimmen dem Stadtverordneten Hoffmeister (CDU), der also mit den Stimmen der CDU, RSF und FDP zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Die Wahl des Bürgermeisters fiel **einstimmig** auf den Stadtverordneten Kimmig (SPD)<sup>69)</sup>.



Willy Hoffmeister † 8. 11. 71  
Oberbürgermeister  
vom 4. 11. 48 — 28. 11. 49



Walter Kimmig † 11. 8. 55  
Bürgermeister  
vom 4. 11. 48 — 28. 11. 49  
Oberbürgermeister  
vom 28. 11. 49 — 27. 11. 51

Vor der Wahl dieser Stadtvertretung lag die Währungsreform vom 20. Juni 1948, die eine Wende der Notzeit brachte. Die allgemeine Lage war stabiler geworden, so daß jetzt auf eine strengere Trennung von Legislative und Exekutive geachtet werden konnte. In einem Rückblick auf die Entwicklung der Verfassung in den letzten Jahren

stellte der bisherige Oberbürgermeister Mehlich fest, daß die neue Stadtvertretung ein größeres Maß an Selbständigkeit und Verantwortung besitze als die bisherigen Stadtparlamente. Unter dem Zwang der Verhältnisse konnte die festgesetzte Trennung von Rat und Verwaltung nicht immer klar durchgeführt werden. Der Oberbürgermeister und die Ausschüsse mußten sich vielfach mit Angelegenheiten der Exekutive befassen. Da die Lage jetzt stabiler geworden und wieder eine leistungsfähige Verwaltung vorhanden sei, sollte nunmehr auf eine stärkere Trennung der Kompetenzen geachtet werden<sup>61)</sup>.

Zu der „Doppelgleisigkeit“ der neuen Gemeindeverfassung sagte der bisherige Oberbürgermeister: „Die sogenannte Doppelgleisigkeit unserer Gemeindeverfassung, verkörpert durch den Oberstadtdirektor und Oberbürgermeister, hat hier in Lüdenscheid im Gegensatz zu manchen anderen Städten nie Anlaß zu Streitigkeiten, schon gar nicht aus Prestigegründen gegeben“<sup>62)</sup>.

### 3. Die Stadtverwaltung

Die deutschen Kreis- und Stadtverwaltungen befanden sich bei Kriegsende in einer noch nie dagewesenen Situation. Da keine übergeordneten deutschen Behörden mehr existierten, wirkten sie wie unabhängige Verwaltungen. Die deutsche Gesellschaft schien in jener Zeit aus einer Zusammenballung isolierter Ortschaften zu bestehen<sup>63)</sup>. Die Alliierten fanden bei der Besetzung der Ortschaften unterschiedlich funktionierende Verwaltungen vor. Die Verwaltungsleiter und höheren Beamten verließen z. T. ihre Posten. In manchen Verwaltungen trat ein völliger Stillstand ein, zumal in den Kreisverwaltungen, wo ein geregelter Verkehr infolge der fehlenden Verkehrsmöglichkeiten ausfiel. Literatur und Verwaltungsberichte lassen in dieser Zeit erhebliche lokale Unterschiede erkennen<sup>64)</sup>.

Für die Stadtverwaltung Lüdenscheid war es ein großer Vorteil, daß alle ihre Dienststellen in der Stadt lagen und trotz bestehender Schwierigkeiten zu erreichen waren. Der letzte Oberbürgermeister unter dem NS-Regime, Hagedorn, verließ am Vormittag des 13. 4. 1945 das Rathaus und kehrte nicht mehr zurück. Sein Vertreter, Bürgermeister Dr. Bouecke, befand sich in Kriegsgefangenschaft. Die Militär-Regierung entließ beide Beamte am 19. 5. 45 endgültig aus dem Dienst. Die Leiter der wichtigsten Ämter, der Stadtwerke und der Sparkasse blieben auf ihren Posten, so daß die Verwaltung weiterarbeiten konnte. Für einige Wochen entstand eine Verwaltungsgemeinschaft von Stadt- und Amtsverwaltung Lüdenscheid. Sie war nötig, um die ersten Befehle der Besatzung schnell und einheitlich durchzuführen. Nachdem eine neue Kreisverwaltung und neue Gemeindeleiter eingesetzt waren, gab man die Verwaltungsgemeinschaft wieder auf<sup>65)</sup>.

Als höchster Beamter der Stadtverwaltung versah Verw.-Direktor Demmer bis zum Einmarsch der Amerikaner seinen Dienst. Er blieb im Amt und nahm zunächst die Stelle eines kommissarischen Bürgermeisters ein, bis die Engländer am 8. 6. 45 den Amtsbürgermeister a.D. Weiland als Oberbürgermeister einsetzten<sup>66)</sup>. Am gleichen Tage kehrte auch der frühere Bürgermeister Rommel (1925 bis 1937), der nach Ablauf seiner Wahlzeit ausgeschieden war, wieder als Bürgermeister zurück<sup>67)</sup>. Im Zuge der Entlassungen wegen NSDAP-Zugehörigkeit schieden 81 Angehörige der Verwaltung aus ihrem Amt<sup>68)</sup>. Eine weitere Anzahl von Beamten war zeitweise vom Dienst suspendiert. Dadurch trat ein erheblicher Mitarbeitermangel ein, der erst allmählich aus Nachwuchskräften gedeckt werden konnte. Es war nicht immer leicht, der Militär-Regierung begreiflich zu machen, daß nicht alle Beamten entlassen werden konnten, da sonst die Gefahr bestand, daß die Verwaltung zusammenbrach. Die freien Stellen besetzten vielfach die Parteien mit ihren Leuten. Diese brachten nicht immer die nöti-

gen Erfahrungen und Voraussetzungen dafür mit. Der Zustand währte jedoch nicht lange. Später achtete man wieder mehr auf die fachliche Qualifikation<sup>69)</sup>.

Bei der Einführung des britischen Verwaltungssystems entschied sich der bisherige Oberbürgermeister Weiland für das Amt des Oberstadtdirektors. Der Kreiskommandant erteilte seine Zustimmung, aber die Militär-Regierung widerrief sie einige Wochen später. Am 15. 3. 46 schied Weiland aus seinem Amt aus<sup>70)</sup>. Diese Entscheidung kam für viele Lüdenscheider überraschend. Weiland gehörte nicht der NSDAP an und war ein tüchtiger Verwaltungsfachmann. Soviel ich erfahren konnte, soll er während seiner Amtszeit als Amtsbürgermeister in einer Rede eine anerkennende Bemerkung über Hitler ausgesprochen haben. Seiner persönlichen Einstellung nach muß dies mehr Pflichtübung als Überzeugung gewesen sein<sup>71)</sup>. Ob diese angebliche Bemerkung ausschlaggebend für seine Entlassung war, erscheint mir fraglich. Am 2. 1. 46 äußerte der Kreiskommandant, Major Christian, über ihn, daß er ein Nazigegner gewesen sei und bezeichnete ihn als den fähigsten Mann, der die Stadt durch die unvermeidlichen Schwierigkeiten der nächsten Monate führen könne<sup>72)</sup>.

Es liegt die Vermutung nahe, daß Weiland nicht so sehr von der Militär-Regierung, sondern von deutschen Stellen als Verwaltungsleiter abgelehnt wurde. Aus einer schriftlichen Erinnerung geht hervor, daß „gute Freunde“ den Oberstadtdirektor „abstossen“<sup>73)</sup>. Es kann m. E. zutreffen, daß Weiland nicht so ohne weiteres bereit war, seine Kompetenzen im Sinne der Reform einzuschränken und sich deshalb unbeliebt machte. Während seiner Amtszeit machte er sich durch fachkundige und zielstrebige Verwaltungsarbeit um die Stadt Lüdenscheid verdient. Zu seinen besonderen Verdiensten zählt die Beseitigung der Kriegsschäden mit Hilfe von freiwilligen Spenden der Bürger<sup>74)</sup>.

In der Sitzung der vorläufigen ernannten Stadtvertretung am 22. 3. 46 schlug Major Christian, der Weilands Ausscheiden bedauerte, den bisherigen Bürgermeister bzw. Stadtdirektor von Werdohl, Born, als Verwaltungsleiter für Lüdenscheid vor. Obwohl Born nur wenigen Stadtverordneten bekannt war, nahm die Stadtvertretung den Vorschlag einstimmig an<sup>75)</sup>.

Der neue Oberstadtdirektor hatte sich bereits um das Wohl der Stadt Werdohl verdient gemacht und war dem Kreiskommandanten daher gut bekannt. Herr Born gehörte weder der NSDAP noch später einer anderen Partei an. Bevor er in die Kommunalverwaltung ging, war er als Dipl.-Kaufmann im Bankfach tätig. Bei seiner Amtseinführung am 8. 4. 46 nahm er zu den vordringlichen Aufgaben der Verwaltung Stellung und sagte u.a.: „Die Tage der tönenden Reden und leeren Worte müssen hinter uns liegen... Ich will versuchen, Ihr Vertrauen zu rechtfertigen und mit meiner ganzen Arbeitskraft dem Wohle dieser Stadt dienen, niemanden zuleide, aber auch niemanden zuzuliebe“<sup>76)</sup>.

Born blieb bis zur Erreichung der Altersgrenze im Jahre 1964 in seinem Amt. Ende November 1970 verstarb er an den Folgen eines Herzinfarktes. Er hat sich in jeder Weise für das Wohl der Stadt eingesetzt und es verstanden, in oft zähen und harten Verhandlungen mit der Militär-Regierung drohende Härten abzuwenden und zu einer sachlichen Zusammenarbeit mit ihr zu kommen.

Die nach den neuen Bedürfnissen notwendige organisatorische Umstellung der Stadtverwaltung war im Jahre 1947 im wesentlichen beendet. Die städtischen Ämter und Dienststellen verteilten sich nun auf folgende Dezernate:

Dez. I (Oberstadtdirektor) Hauptamt, Standesamt, Wohnungsamt, Flüchtlingsamt, Besatzungsamt, Entnazifizierungsamt, Kriegs-



Karl Weiland † 21. 4. 63  
Oberbürgermeister  
vom 8. 6. 45 — 11. 1. 46  
Oberstadtdirektor  
vom 12. 1. 46 — 15. 3. 46



Hans Born † 26. 11. 70  
Oberstadtdirektor  
vom 3. 4. 46 — 30. 4. 46

schädenamt, Kulturamt, Rechnungsprüfungsamt, Stadtwerke, Schlachthof, Untersuchungsamt, Krankenhaus, Sparkasse.

Dez. II (Stadtdirektor) Personalamt, Rechtsamt, Ordnungsamt, Schulamt, Finanzverwaltung, Stadtkasse.

Dez. III (Stadtbaurat) Hoch- und Tiefbau, Grundstücksamt, Vermessungsamt, Ziegelei und Steinbruch.

Dez. IV. (Magistratsrat) Sozialamt, Jugendamt, Versicherungsamt, Ernährungs- und Wirtschaftsamt, Verkehr, Heimatpflege, Badeanstalten und Sportpflege<sup>77)</sup>.

Die Gesamtzahl des städtischen Personals (einschließlich der Sparkasse und Stadtwerke, aber ohne Polizei, Arbeiter und Krankenschwestern) betrug:

Bis 1. April	1945	1946	1947	1948
männl.	120	198	215	240
weibl.	157	157	170	175
zusammen:	277	355	385	415
dazu Arbeiter durchschnittl.	150	200	230	260 <sup>78)</sup>



Hans Rommel † 16. 12. 56  
Bürgermeister  
vom 25. 1. 46 — 23. 10. 46  
Stadtdirektor  
ab 23. 10. 46

In den Jahren 1945/48 sind 14 Beamte und 18 Angestellte in den Ruhestand versetzt worden. Im Jahre 1945 wurden 34 Beamte und 42 Angestellte im Zuge der Entnazifizierung aus dem Dienst entlassen. In 7 Fällen ordnete die Militärregierung die vorläufige Weiterbeschäftigung an, weil kein Ersatz für die Betroffenen vorhanden war. Von den Entlassenen kehrte die Mehrzahl später wieder in den Dienst der Stadtverwaltung zurück<sup>79)</sup>.

Über die Arbeit und Aufgaben einzelner Ämter, die innerhalb der Stadtverwaltung als besondere Merkmale der Notzeit in Erscheinung traten, berichte ich in einer Fortsetzung. Zum Abschluß dieses Abschnittes gebe ich eine kurze Darstellung über die allgemeine Verwaltung. Die Angaben hierzu stammen aus den Verwaltungsberichten der Rechnungsjahre 1945 — 48.

Die zentrale Leitung der Verwaltung und die Geschäftsführung des Rates war im Hauptamt (Büro des Oberstadtdirektors) zusammengefaßt. Zu den Aufgaben des Hauptamtes gehörten: Organisation und räumliche Unterbringung der Verwaltung, Verteilung des Sachbedarfs der einzelnen Dienststellen und deren personelle Besetzung, sowie die allgemeine Dienstaufsicht. Das kleine Rathaus reichte für den räumlichen Bedarf der Verwaltung nicht aus. Die Ämter waren ohne Stadtbetriebe und Sparkasse auf 13 Dienstgebäude verteilt. Diese ungünstige räumliche Aufteilung erschwerte die Dienstaufsicht und den Ablauf der Arbeit außerordentlich. Der Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen und die Kriegsfolgelasten brachten ein erhebliches Maß an Mehrarbeit mit sich. Der Mangel an Fachkräften erschwerte die Arbeitsbedingungen zusätzlich. Weitere Ausfälle entstanden durch häufige Erkrankungen der Bediensteten, wofür die Unterernährung in vielen Fällen als Ursache anzusehen war.

Am 1. 4. 47 kamen das Gesundheitsamt und das Katasteramt, die seit 1935 verstaatlicht waren, wieder zur Stadtverwaltung zurück. Als neu eingerichtete Ämter (1947) sind das Kulturamt und das Sportamt zu nennen. Die wachsenden kulturellen und sportlichen Aufgaben erforderten für diese Gebiete eigenständige Dienststellen unter fachkundiger Leitung. Zu den Aufgaben des Kulturamtes zählten insbesondere: Stadtbücherei, Volkshochschule, Betreuung des Stadtarchivs und die Wiedereinrichtung des Heimatmuseums<sup>80)</sup>.

#### 4. Die Fachausschüsse

Die bereits erwähnte September-Direktive der Militär-Regierung sah zur Unterstützung der Stadtvertretungen Ratsausschüsse vor, „wie sie die Gemeindevertretung zur ordnungsgemäßen Durchführung der Geschäfte für notwendig erachtet“<sup>81)</sup>.

Im Zuge der Reform bestimmten die revidierte DGO und die Instruktion Nr. 100, daß der Rat die Gemeinde im Rechtsverkehr zu vertreten habe. Die Ratsmitglieder erhielten das Recht, jederzeit Einblick in die Verwaltungsgeschäfte zu nehmen. Der entstehende Arbeitsanfall ließ die Fachausschüsse entscheidend an Bedeutung gewinnen<sup>82)</sup>.

Die vorläufige ernannte Stadtvertretung bildete in der Sitzung vom 22. 3. 46 folgende Ausschüsse<sup>83)</sup>:

1. Hauptausschuß
2. Bauausschuß
3. Krankenhausausschuß
4. Schlachthofausschuß
5. Werksausschuß
6. Wohlfahrtsausschuß
7. Wohnungsausschuß
8. Volksbildungsausschuß
9. Brennstoffausschuß
10. Straßenverkehrsausschuß
11. Jugendpflegeausschuß
12. Finanzausschuß
13. Überwachungsausschuß

Zu diesen Ausschüssen kamen später noch hinzu: Schul-, Flüchtlings- und Entnazifizierungsausschuß. Die Ausschüsse setzten sich aus Mitgliedern der Stadtvertretung, der Stadtverwaltung und hinzugezogenen Fachleute zusammen. Die beiden letzteren Gruppen waren nicht stimmberechtigt.

Die Stadtverordneten beteiligten sich nach ihren persönlichen Neigungen und Fähigkeiten an den Ausschüssen. Die Parteien waren nach der Anzahl ihrer Sitze in der Stadtvertretung anteilmäßig vertreten. Die Ausschüsse berieten und entschieden an Hand der Vorlagen, die ihnen die Verwaltung zustellte. Bevor die Beschlüsse zur Durchführung in die Verwaltung gingen, mußten sie von der Stadtvertretung bestätigt werden<sup>84)</sup>.

Unter den Ausschüssen nahm der Jugendwohlfahrtsausschuß eine Sonderstellung ein, die auf das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) von 1922 zurückzuführen ist. Diesem Ausschuß gehören als stimmberechtigte Mitglieder nicht nur Vertreter des Rates, sondern auch der Kirchen, Wohlfahrts- und Jugendverbände an. In seiner Beschlußfassung ist der Ausschuß autonom und nicht an eine Bestätigung durch den Rat gebunden. Nach dem RJWG sollten der Jugendwohlfahrtsausschuß und die Verwaltung des Jugendamtes (als kommunale Dienststelle) zusammen das Jugendamt bilden. Im RJWG waren also schon Grundzüge der Verwaltungsreform vorhanden.

Die Ausschüsse entwickelten in Lüdenscheid vom Beginn ihrer Tätigkeit an eine rege Wirksamkeit. In seiner Antrittsrede am 23. 10. 46 sagte Oberbürgermeister Hueck über die Arbeit der Ausschüsse: „Die wirksamste Arbeit der städtischen Verwaltung vollzieht sich nicht hier im Plenum, sondern in den Ausschüssen“<sup>85)</sup>.

Im Verlaufe der weiteren Entwicklung zeigte es sich, daß es zweckmäßiger sei, die Ausschüsse nicht mit einer zu großen Mitgliederzahl zu besetzen. Je kleiner die Ausschüsse waren, desto mehr Arbeitsfreude zeigten sie. Nach diesen Erfahrungen setzte sich das Prinzip der kleinen Ausschüsse mehr und mehr durch. Eine besondere Problematik ergab sich aus der anfänglich starken Hinzuziehung von beratenden Fachleuten. Nach etwa einem Jahr stellte es sich heraus, daß es besser sei, keine Berater mehr in die Ausschüsse zu entsenden. Man meinte, daß die Fachleute zu sehr Interessenvertreter seien und daß ihre Teilnahme an den Sitzungen den demokratischen Grundsätzen widerspreche. Nach einem Erfahrungszeitraum von

einem Jahr sei kaum ein Fall bekannt geworden, bei dem beratende Mitglieder so wesentliche Dinge vorbrachten, daß sie das Urteil der Ausschußmitglieder entscheidend beeinflussten. Nicht selten durchbreche die Hinzuziehung von Beamten das Prinzip der Vertraulichkeit. In Zukunft sollten nur noch wenige Fachleute als Berater hinzugezogen werden. Sie sollten auch nur innerhalb einzelner Beratungsgegenstände an den Sitzungen teilnehmen<sup>86)</sup>.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen und der Verwaltung war von Anfang an gut. Die Ausschüsse waren auf fachgerechte Vorlagen der Verwaltung angewiesen, während die Verwaltung ohne Zustimmung der Ausschüsse bzw. des Rates nicht arbeiten konnte. In den Anfängen brachte das neue System manche Schwierigkeiten mit sich. Es dauerte einige Zeit, bis die Kompetenzen der Legislative und der Exekutive voneinander getrennt waren. Auseinandersetzungen blieben nicht aus. Sie waren jedoch fachbezogen und entstanden nicht, weil beide Seiten ihre Kompetenzen überschritten<sup>87)</sup>.

#### 5. Probleme der Entnazifizierung

Die Maßnahmen zur Entnazifizierung begannen unmittelbar nach der Besetzung der einzelnen Ortschaften. Die Besatzungsbehörden verhafteten aktive NSDAP-Mitglieder und überprüften das Verwaltungspersonal auf seine politische Zugehörigkeit. Beamte und Angestellte, die besonders aktiv in der NSDAP tätig waren, mußten ihr Amt verlassen. Diese ‚Säuberung‘ geschah nach den Weisungen der jeweiligen Stadtkommandanten und noch ohne eine einheitliche Gesetzgebung<sup>88)</sup>.

In Lüdenscheid verhaftete die Besatzung in den ersten Tagen nach der Besetzung ehemalige NSDAP-Mitglieder und ließ sie schwere körperliche und z. T. für ihren Stand erniedrigende Arbeiten verrichten. Diese Maßnahmen zur ‚Umerziehung‘ geschahen auf Grund von Denunziationen aus der Bevölkerung. Dabei handelte es sich wohl um Einzelfälle und auch um private Racheakte. Es fehlte in dieser Zeit nicht an kritischen Stimmen aus der Bevölkerung, die ein solches Vorgehen ablehnten<sup>89)</sup>.

Im April 1946 regelte die Militär-Regierung in der Britischen Besatzungszone das Entnazifizierungsverfahren einheitlich durch Verordnungen. Nach einer Anordnung der Militär-Regierung vom 7. 5. 46 sollten die deutschen Entnazifizierungsausschüsse „nicht nur aktive Nazis aus den einflußreichen Stellen und Ämtern der Wirtschaft entfernen, sondern auch die mit den Nazis Sympathisierenden, die durch ihre offene oder versteckte Unterstützung des Nazismus und Militarismus weit schädlicher gewesen waren als kleine Parteimitglieder. Auch Leute mit vollkommen sauberen Fragebogen können sehr gefährlich sein“<sup>90)</sup>.

Die Entnazifizierung vollzog sich nicht nur in der Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft von aktiven Nazis, sondern auch in der Umbenennung von Straßennamen. In Lüdenscheid erhielten folgende Straßen andere Namen: SA-Straße = Niemöllerstraße, Horst-Wessel-Straße wieder Jockuschstraße. Der Adolf-Hitler-Platz hieß jetzt wieder Karl-Marx-Platz (seit einigen Jahren Rathausplatz). Da man bemüht war, die Vergangenheit gründlich zu bewältigen, erhielten weitere Straßen andere Namen, auch wenn die früheren Namen nicht direkt mit dem NS-Regime zusammenhingen. Die Bismarckstraße hieß jetzt ‚Am Ramsberg‘ und die Siegestraße (1871) Heinrich-Mann-Straße (jetzt Breslauer Straße). Aus der Hindenburg-Allee wurde die Parkstraße. Weiterhin erkannte die Stadtvertretung am 7. 6. 46 die Ehrenbürgerrechte an den früheren Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg und an den Reichskanzler Adolf Hitler ab.<sup>91)</sup>

Die weiteren Angaben über das Entnazifizierungsverfahren und die daraus entstehenden Probleme entnahm ich Verwaltungsberichten und Veröffentlichungen in den „Amtlichen Bekanntmachungen“. Nach Abschluß der Entnazifizierung gingen sämtliche Akten an die übergeordneten Landesdienststellen nach Arnberg und Düsseldorf. Gesamtergebnisse fehlen daher. Eine Verordnung des Kontrollrates vom 12. 1. 46 übergab die Verantwortung für die Entnazifizierung den deutschen Behörden. Daraufhin berief die Stadtvertretung am 9. 4. 46 einen aus 8 Mitgliedern bestehenden Entnazifizierungshauptausschuß, dem zur Vorarbeit 33 (später 57) Unterausschüsse zur Seite standen<sup>92</sup>). Die Mitglieder des Entnazifizierungshauptausschusses waren hauptamtlich gegen Entschädigung tätig<sup>93</sup>). Die politische Zusammensetzung des Ausschusses konnte ich nicht mehr feststellen. Aus später auftretenden Schwierigkeiten ist zu erkennen, daß er sich vorwiegend aus Vertretern der SPD und KPD zusammensetzte. Über die Tätigkeit des Ausschusses fand ich nur für das Rj. 1946 genaue Zahlen. In 218 Sitzungen bearbeitete er 2963 Fälle und überprüfte 713 gewerbliche und andere Anträge. Er schlug der Militärregierung 208 Personen aus Verwaltung und Wirtschaft zur Entlassung vor<sup>94</sup>).

Bereits in den ersten Monaten der Ausschubtätigkeit ergaben sich Probleme, zu denen Oberbürgermeister Hueck in der Ratsitzung vom 9. 12. 46 eingehend Stellung nahm. Der Oberbürgermeister kritisierte, daß die Arbeit des Ausschusses hinter verschlossenen Türen geschehe und ihm die Einsicht in die Sitzungsprotokolle verweigert werde. Die Militärregierung stellte jedoch fest, daß der Entnazifizierungshauptausschuß der Stadtvertretung gegenüber verantwortlich sei. Weiterhin sei ihm bekannt geworden, daß der hiesige Hauptausschuß gegen ganz klare Begriffe des Rechtsempfindens verstoßen habe. Der Ausschuß handele nicht immer nach den Verordnungen der Militärregierung, die eine rechtmäßige Abwicklung sichern sollten. Es sei bekannt, daß ein Ausschußmitglied des öfteren Einspruch wegen mangelnder Objektivität in verschiedenen Fällen erhoben habe. Die Instruktion Nr. 7 der Militärregierung besage, daß die Ausschußmitglieder „in sozialer und politischer Hinsicht annehmbar“ sein müßten. Sie sollten nach Ansicht des Oberbürgermeisters erhaben sein über die Gefühle von Rache und Vergeltung. In seinen weiteren Ausführungen stellte Hueck in Frage, ob solche Personen, die durch ihre politische Einstellung eine Verbindung zu dem Land bekunden, das die Evakuierung von Millionen Menschen zuläßt, deren einziges Verbrechen es ist, Deutsche zu sein, ein Recht zur Verurteilung ehemaliger NSDAP-Mitglieder hätten. Er erinnerte an die „finsternen Zeiten“ der Inquisition und verglich sie mit den Vorstellungen, die manche haßerfüllten Leute von der Entnazifizierung hätten. Die Entscheidungen des Ausschusses hätten selbst bei der Militärregierung Kopfschütteln verursacht. Der Oberbürgermeister regte an, den Hauptausschuß neu zu bilden und aus je 4 Vertretern der CDU und der SPD/KPD zusammenzusetzen<sup>95</sup>).

Die SPD und KPD lehnten es ab, den Hauptausschuß umzubilden, da sich dadurch die weitere Arbeit verzögere. Die beiden Parteien bezweifelten, ob der Hauptausschuß dem Oberbürgermeister gegenüber verantwortlich sei<sup>96</sup>).

An dieser Stelle der Debatte ergriff der anwesende Kreisoffizier, Major Miryless, das Wort. Er bedauerte, daß die Entnazifizierung an manchen Stellen zu einer „Hexenverfolgung“ ausarte und stellte fest, daß der Hauptausschuß der Stadtvertretung gegenüber verantwortlich sei und nur eine beratende Funktion habe. Nach dem Vorschlag des Majors sollte der Ausschuß neu gebildet werden und in ihm die linke und die rechte Flügelpartei gleichmäßig vertreten sein<sup>97</sup>).

Der Stadtverordnete Mehlich (CDU) stellte den Antrag, den Entnazifizierungshauptausschuß neu zu bilden. Die Stadtvertretung entschied mit Stimmenmehrheit für diesen Antrag<sup>98</sup>). Der neue Ausschuß setzte sich nun aus 4 Mitgliedern der CDU und 4 Mitgliedern der SPD und KPD einschließlich einem Gewerkschaftsmitglied zusammen<sup>99</sup>).

Oberstadtdirektor i. R. Born sagte mir gegenüber zur Entnazifizierung: „Der Entnazifizierungshauptausschuß traf manchmal aus menschlichem Versagen Entscheidungen, die nicht zu vertreten waren. Härten ließen sich im Verfahren allerdings nicht immer vermeiden<sup>100</sup>.“

Über die Arbeit des neuen Hauptausschusses fand ich keine Unterlagen und Äußerungen. Wahrscheinlich kam es auf Grund der jetzigen Sitzverteilung nicht mehr zu Beanstandungen.

Es darf nicht übersehen werden, daß Härten und Ungerechtigkeiten nicht nur durch menschliches Versagen und persönliche Racheakte entstanden. Bei den häufig geänderten und manchenmal widerspruchsvollen Vorschriften der Militärregierung war es für die Ausschuß-Mitglieder nicht immer leicht, ihre Entscheidungen zu treffen. Mit der Regierungsverordnung vom August 1949, die das Ende der Entnazifizierung zum 1. 4. 1950 festsetzte, fand dieses leidige Kapitel auch in Lüdenscheid seinen Abschluß<sup>101</sup>).

## II. Wiederbeginn des politischen und kulturellen Lebens

### 1. Das Antifaschistische Komitee

In den Anfängen des politischen Lebens nach der Besetzung Lüdenscheids spielte das „Antifaschistische Komitee“ vorübergehend eine Rolle. Schriftliche Vorgänge sind aus der Zeit seines Wirkens nicht vorhanden. Die Erinnerungen einzelner Personen, die ihm angehörten, lassen aber ein ziemlich genaues Bild von seiner Wirksamkeit entstehen. Als in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch die politischen und administrativen Verhältnisse in Lüdenscheid noch recht unklar waren und noch niemand recht wußte, welchen Kurs die Amerikaner einschlagen würden, traten im „Antifaschistischen Komitee“ Männer auf, die eine linksradikale Richtung vertraten. Hierzu zählten Heinrich Muth und Karl Schwarz, die beide nicht aus Lüdenscheid stammten und nach dem Einmarsch der Amerikaner auftauchten. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erwähnen, daß Schwarz bereits drei Wochen vor der Besetzung bei Verwaltungsdirektor Demmer im Rathaus vorsprach. In einer vertraulichen Aussprache fragte er Demmer, ob er gewillt sei, auch nach der zu erwartenden Kapitulation in der Verwaltung zu bleiben. Als Demmer dies bejahte, stellte Schwarz sich als führendes Mitglied der westdeutschen Untergrundbewegung vor. Nach dem Einmarsch der Amerikaner war er sofort zur Stelle und versuchte, auf das „Antifaschistische Komitee“ und die Verwaltung Einfluß zu gewinnen<sup>102</sup>).

Die Amerikaner müssen wohl recht bald den linksradikalen Kurs des Komitees erkannt haben. Sie holten führende Lüdenscheider Industrielle in das Komitee, um einen entsprechenden Gegenpol zu bilden. Trotz der Gegensätzlichkeiten kam es zu einer für diese Zeit annehmbaren Zusammenarbeit. Die Arbeit des Komitees verlief z. T. parallel zu den Aufgaben der Verwaltung und läßt sich im einzelnen nicht mehr genau feststellen. Einen wesentlichen Beitrag lieferten seine Mitglieder bei dem Abschluß des „Lüdenscheider Abkommens“. Weiter geht auf seine Initiative die Berufung des Arbeitsamtsdirektors Schulte und der Auftrag an W. Bürger zur Bildung einer Gewerkschaft zurück<sup>103</sup>).

In der Zeit seines Bestehens beeinflusste das Komitee in verschiedener Weise die Ent-

schlüsse der Amerikaner und auch die Verwaltungsarbeit. Als sich dann die bürgerlichen Vertreter mehr und mehr zurückzogen, verlor es an Bedeutung. Inzwischen ging die Initiative auf die „vorläufige kollegiale Stadtverwaltung“ über. Die Amerikaner lösten das „Antifaschistische Komitee“ im Mai 1945 bereits wieder auf. Die auswärtigen Mitglieder verschwanden aus der Stadt. Von H. Muth ist bekannt, daß er später als Gestapo-Spitzel entlarvt und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde<sup>104</sup>).

### 2. Die politischen Parteien

Über die Anfänge der politischen Parteien in Lüdenscheid nach 1945 liegt kaum Material vor. In der Geschäftsstelle der CDU lag das Gründungsprotokoll nicht mehr vor. Die SPD konnte mir keine näheren Angaben über die Neugründung machen. Aus mündlichen Auskünften, die ich erhielt, ist zu ersehen, daß der Aufbau der Parteiarbeit nach den Maßgaben der Militärregierung vor sich ging. Seitens der CDU erhielt ich durch persönliche Erinnerungen einige Angaben. Im Herbst 1945 schlossen sich verschiedene politisch interessierte Personen zur „Demokratischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammen, aus der dann der Ortsverein der CDU hervorging. Soweit die Gründungsmitglieder vor 1933 politisch tätig waren, gehörten sie dem „Zentrum“ oder dem „Christlichen Volksdienst“ an<sup>105</sup>). Der CDU-Ortsverein Lüdenscheid trat am 6. 1. 46 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es fanden die üblichen Vorstandswahlen statt. Der erste Vorstand setzte sich wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender: Richard Hueck
  2. Vorsitzender: Otto Wehberg
- Schriftführer: Ernst Mehlich  
Kassierer: Willi Schulte.

Die Mitglieder mußten der Militärregierung den Nachweis erbringen, daß sie nicht zur NSDAP gehörten bzw. später einen Bescheid des Entnazifizierungsausschusses vorlegen. Die Militärregierung übte zwar zunächst eine gewisse Kontrolle aus, die aber nicht als störend empfunden wurde. Die Parteiarbeit stand in keinem Widerspruch zu den Bemühungen der Militärregierung um eine Demokratisierung. Als besonderes Ziel sah die CDU in den ersten Jahren ihres Wirkens in Lüdenscheid an, bei der Linderung der allgemeinen Not nach besten Kräften mitzuhelfen. Für die Öffentlichkeitsarbeit standen Presse, Plakatwerbungen und Parteiversammlungen zur Verfügung<sup>106</sup>).

Vor den Kommunalwahlen im Oktober 1946 versuchte die CDU, das politische Interesse der Bürger durch Bürgerversammlungen anzusprechen. Jeder Kandidat veranstaltete in seinem Bezirk eine solche Versammlung. Das Interesse der Bürger war jedoch gering<sup>107</sup>).

Die CDU gewann die Kommunalwahlen vom Oktober 1946 und zog mit 22 Mandaten (von 30) in die Stadtvertretung ein. Auf die besondere Problematik dieser Wahlen wies ich bereits hin. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch bezog die CDU in Lüdenscheid eine stärkere Position als in den Jahren nach 1948. Später gewann die SPD mehr Boden und stellte fast immer den Oberbürgermeister.

Die SPD muß im Herbst 1945 wieder bestanden haben. Aus dieser Zeit fand ich eine Zeitungsnotiz mit der Einladung zu einer Mitgliederversammlung am 1. 12. 45. Thema: „Die Brennstoff-Versorgung Lüdenscheids“<sup>108</sup>). Die Gründungsmitglieder der SPD gehörten schon vor 1933 der Partei an. Einige waren z. Z. der Weimarer Republik bereits Mitglieder des Magistrates. Von den führenden Persönlichkeiten der Lüdenscheider SPD ist besonders der Redakteur Erwin Welke zu erwähnen. Welke nahm ab Januar 1947 den Ratssitz eines verstorbenen Ratsherren ein und zog am 20. 4. 47 als Abgeordneter des Wahlkreises Altena-Lüdenscheid in den

Landtag ein. Er ist heute noch aktiv politisch als MdB und als Oberbürgermeister in Lüdenscheid (1946—1971) tätig.

Wie schon dargestellt, setzten sich die Stadtvertretungen hauptsächlich aus CDU, SPD, KPD zusammen, wobei die KPD nach den Wahlen im Oktober 1946 kaum noch in Erscheinung trat. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 1948 errangen die RSF<sup>109</sup> 3 Sitze und die FDP 2 Sitze in der Stadtvertretung. Beide Parteien bestanden z. Z. der ersten Kommunalwahlen noch nicht in Lüdenscheid. Die RSF war harmloser als ihr Name klingt. Sie wurde als 'Außenleiterin' betrachtet und belegte nach den Kommunalwahlen von 1952 keinen Sitz mehr im Rat. Anlässlich der ersten Wahl konnte sie Stimmen auf sich vereinen, die vorher die CDU bekam. In der Ratssitzung am 10. 11. 48 sagte einer ihrer Vertreter, Ratsherr Wicke: „Die RSF ist die neue Partei. Sie tritt mit dem heutigen Tage zum ersten Mal auf den Plan. An dem, was hinter uns liegt, war sie nicht beteiligt und ist darum an der Austragung aller persönlichen Gegensätze nicht interessiert...“<sup>110</sup>

Alle politischen Versammlungen mußten von der Militär-Regierung genehmigt werden und durften erst stattfinden, wenn die Genehmigung der Militär-Regierung vorlag. Binnen 7 Tage nach der Veranstaltung war eine Liste mit Namen und Adressen aller Personen, die in der Versammlung das Wort ergriffen, einzureichen. Besprechungen innerhalb der Partei fielen nicht unter den Begriff 'politische Versammlung'. Die Parteigründung war ebenfalls genehmigungspflichtig. Vorher waren einzureichen: 1. Entwurf der Satzung und Richtlinien, 2. ein ihre Zwecke und Ziele umfassendes Parteiprogramm, 3. eine Namens- und Adressenliste der zu bestimmten Ämtern vorgeschlagenen Personen unter Angabe des Amtes, 4. eine Erklärung über die Finanzierung der Partei, 5. eine Erklärung über die Höhe des zu zahlenden Mitgliederbeitrages. Jegliche Änderungen waren der Militär-Regierung mitzuteilen<sup>111</sup>.

### 3. Die Gewerkschaften

Im Juni 1945 legte der spätere 1. Vorsitzende des DGB, Hans Böckler, der britischen Militär-Regierung ein Programm zum Wiederaufbau der Gewerkschaften vor. Die Militär-Regierung erteilte am 2. 8. 45 die Genehmigung, wieder Gewerkschaften zu gründen. In der Anfangszeit waren nur Zusammenschlüsse auf lokaler Ebene möglich. Die Mitglieder der verschiedenen Berufsgruppen schlossen sich zunächst zu einem Verband zusammen, der in Lüdenscheid die Bezeichnung 'Freier Deutscher Gewerkschaftsbund' trug. In der zweiten Hälfte des Jahres 1946 begannen die einzelnen Berufsgruppen autonome Gewerkschaften zu bilden. Alle Versammlungen waren anfangs genehmigungspflichtig und konnten nur unter Aufsicht der Militär-Regierung durchgeführt werden. Im Laufe des Jahres 1946 hob die Militär-Regierung die Kontrollmaßnahmen auf<sup>112</sup>.

Unmittelbar nach der Besetzung Lüdenscheids nahmen zunächst Mitglieder des 'Antifaschistischen Komitees' die Interessen der Arbeitnehmer wahr, soweit dies erforderlich wurde. Die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Wirtschaft verlief in einer guten Atmosphäre und fand ihren besonderen Ausdruck in dem 'Lüdenscheider Abkommen'.

An der Neugründung der Gewerkschaften in Lüdenscheid war Oberbürgermeister Bürger maßgeblich beteiligt. Für die Gewerkschaftsarbeit wirkte es sich vorteilhaft aus, daß Bürger als Oberbürgermeister über gute Verbindungen zur Militär-Regierung verfügte<sup>113</sup>.

Am 1. Mai 1946 wurde die Gewerkschaft 'Eisen und Metall' in Lüdenscheid gegründet. Kurz vorher, im April 1946, fand eine Versammlung von interessierten Personen statt. Ab Juli 1946 war erlaubt, Mitglieder zu werben und Beiträge zu erheben. Von der Gewerkschaft Eisen und Metall gingen dann im Laufe der Zeit die Gewerkschaften der anderen Berufsgruppen aus. Die Werbearbeit geschah durch Plakate, Flugblätter und Presseveröffentlichungen. Gewerkschaftsmitglieder suchten die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz auf und warben in Betriebsversammlungen für eine Mitgliedschaft. Im Juli 1947 fanden in den Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern Betriebsratswahlen statt<sup>114</sup>.

Die Geschäftsstelle bezog im Sommer 1946 wieder ihr altes Domizil im früheren Gewerkschaftshaus, in dem seit 1933 die 'Arbeitsfront' ihren Sitz hatte. Nach der Besetzung Lüdenscheids war hier zunächst die 'Property Control' ansässig. Sie nahm beim Auszug fast das ganze Mobiliar mit, so daß die Organisation der Geschäftsführung zunächst äußerst schwierig war<sup>115</sup>.

Die Militär-Regierung übte anfangs eine strenge Kontrolle aus. Alle Personen, die in die Gewerkschaft eintraten, mußten sich einer genauen Prüfung ihrer früheren politischen Tätigkeit und Zugehörigkeit zu einer Partei unterziehen. Es durften weder Personen mit NS-Vergangenheit noch solche mit linksradikalen Tendenzen in der Geschäftsführung tätig werden. Von Zeit zu Zeit erschienen britische Offiziere in der Geschäftsstelle und befragten die Anwesenden über ihre politische Meinung. Die Fragen bezogen sich in erster Linie auf das Verhältnis zur SBZ-Gewerkschaft und die Meinung über eine Vereinigung der Westzonen mit der SBZ. Zu den britischen Besuchern gehörte auch der Stadtkommandant von Berlin, General Clay, der eines Tages in der Geschäftsstelle erschien und mit den Anwesenden über ähnliche Fragen sprach<sup>116</sup>.

Zu den besonderen Aufgaben der Gewerkschaft in Lüdenscheid gehörte, drohende Demontagen abzuwenden. Dies geschah durch Eingaben an die Militär-Regierung, in denen die Gewerkschaft darauf hinwies, daß die Erhaltung der Arbeitsplätze unbedingt notwendig sei. Da die meisten Lüdenscheider Betriebe ihre Produktion verhältnismäßig schnell wieder auf Friedensgüter umstellen konnte, sah die Militär-Regierung in einigen Fällen von geplanten Teildemontagen ab<sup>117</sup>.

### Quellen- und Literaturverzeichnis

- 1) Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948. Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1. 4. 41—31. 3. 48, S. 44
- 2) Vgl. 'Lüdenscheid — kurz berichtet', Lüdenscheid 1967
- 3) Vgl. Hoffmeister, Schriftliche Erinnerungen, St. A. Lü.
- 4) Vgl. H. Born, 15 Jahre Selbstverwaltung, Vortrag des OSTD Born am 13. 5. 60 im Parktheater
- 5) Vgl. Born ebd.
- 6) Vgl. Born ebd.
- 7) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 46
- 8) Vgl. Rudzio, Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone — Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang, S. 34 Stuttgart 1968
- 9) Vgl. Günther, April 1945 — Ende und Anfang — Die Besetzung Lüdenscheids durch die Amerikaner in Lüdenscheider Nachrichten Nr. 83 v. 9. 4. 55
- 10) Mündl. Auskunft von H. Demmer
- 11) Vgl. Akte — 000 — 4b, St.A.Lüd., Bl. 128
- 12) Vgl. Günther, April 1945, a.a.O.
- 13) Vgl. Köllmann, Die strukturelle Entwicklung des südwestf. Wirtschaftsraumes, Hagen 1967, S. 25
- 14) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948 S. 50
- 15) Vgl. Rudzio, a.a.O. S. 36
- 16) Vgl. Schriftliche Erinnerungen von O. Bussemmer, St.A.Lüd.
- 17) Vgl. Schriftliche Erinnerungen von W. Hoffmeister, St.A.Lüd.
- 18) Mündl. Auskunft von H. Demmer
- 19) Vgl. Amtliche Bekanntmachungen (im folgenden: AB) Nr. 10 v. 19. 5. 45

- 20) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 21) Vgl. Rudzio, a.a.O., S. 41
- 22) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 23) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1945, S. 44 f.
- 24) Mündl. Auskunft von H. Demmer
- 25) Schriftl. Erinnerungen von H. Demmer, St.A.Lüd.
- 26) Vgl. Rudzio, a.a.O., S. 41
- 27) Vgl. Rudzio, ebd., S. 45 f.
- 28) Zitiert bei Rudzio, ebd., S. 50
- 29) Zitiert bei Rudzio, ebd., S. 56
- 30) Vgl. Rudzio, ebd., S. 56 f.
- 31) Mündl. Auskunft von H. Born
- 32) Zitiert in: AB — Nr. 60 — vom 12. 1. 46
- 33) Zitiert in: AB — Nr. 60 —
- 34) Zitiert in: AB — Nr. 60
- 35) Zitiert in: AB — Nr. 60
- 36) Vgl. Rudzio, a.a.O., S. 57
- 37) Vgl. AB — Nr. 60 — vom 12. 1. 46
- 38) Vgl. Born, 15 Jahre Selbstverwaltung
- 39) Vgl. AB — Nr. 63 — vom 2. 2. 46
- 40) Vgl. Rudzio, a.a.O., S. 59
- 41) Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 42) Mündl. Auskunft von Frau Lotte Moorss
- 43) Vgl. Rudzio, a.a.O., S. 60
- 44) Vgl. Rudzio, ebd., S. 60 f.
- 45) Verwaltungsbericht für das Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 46) Vgl. Rudzio, ebd., S. 60 f.
- 47) Vgl. Rudzio, ebd., S. 71 f.
- 48) Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946, St.A.Lüd.
- 49) Vgl. AB — Nr. 101 — v. 26. 10. 46
- 50) AB — Nr. 101 — vom 26. 10. 46
- 51) Vgl. AB Nr. 101 — v. 26. 10. 46
- 52) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946, St.A.Lüd.
- 53) Zitiert in AB — Nr. 101 —
- 54) Zitiert ebd.
- 55) Vgl. AB — Nr. 101 —
- 56) Vgl. AB — Nr. 101 —
- 57) Vgl. AB — Nr. 185 — v. 10. 7. 48
- 58) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 46
- 59) Vgl. Zuncke, ebd., S. 46
- 60) Vgl. AB — Nr. 198 — v. 10. 11. 48
- 61) Vgl. AB — ebd.
- 62) Zitiert in AB Nr. 198
- 63) Vgl. Rudzio, a.a.O., S. 35 f.
- 64) Vgl. Rudzio, ebd., S. 35 f.
- 65) Vgl. Zuncke, Lüd. 1941—1945, S. 47
- 66) Weiland war von 1932—1937 Bürgermeister des Amtes Lüdenscheid (Ann. d. Verf.)
- 67) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 68) Vgl. ebd.
- 69) Mündl. Auskunft von H. Born
- 70) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945
- 71) Mündl. Auskunft von Frau L. Moorss
- 72) Vgl. AB — Nr. 60 — v. 12. 1. 46
- 73) Vgl. Schriftliche Erinnerungen von O. Bussemmer, St.A.Lüd.
- 74) Vgl. Zuncke, Lüd., 1941—1948, S. 47
- 75) Vgl. AB — Nr. 71 — vom 30. 3. 46
- 76) Zitiert bei Zuncke, Lüd. 1941—1948, S. 47
- 77) Vgl. Zuncke, ebd., S. 47
- 78) Vgl. Zuncke, ebd., S. 46 f.
- 79) Vgl. Zuncke, ebd., S. 47
- 80) Diese Zusammenfassung ist den Verwaltungsberichten für die Rechnungsjahre 1945/47/48 entnommen, St.A.Lüd.
- 81) Zitiert bei Rudzio, a.a.O., S. 52
- 82) Vgl. Rudzio, a.a.O., S. 53
- 83) Vgl. AB — Nr. 71 — vom 30. 3. 46
- 84) Mündl. Auskunft von Frau L. Moorss
- 85) Vgl. AB — Nr. 101 — vom 26. 10. 46
- 86) Vgl. AB — Nr. 198 — vom 10. 11. 48
- 87) Mündl. Auskunft von Frau L. Moorss
- 88) Vgl. Zuncke, Lüd. 1941—1948, S. 50
- 89) Vgl. Schriftl. Erinnerungen von W. Hoffmeister und W. Kattwinkel, St.A.Lüd.
- 90) Zitiert bei Zuncke, a.a.O., S. 50
- 91) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946, St.A.Lüd.
- 92) Vgl. ebd.
- 93) Vgl. Zuncke, Lüd. 1941—1948, S. 50
- 94) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946
- 95) Vgl. AB 108 vom 14. 12. 46
- 96) Vgl. ebd.
- 97) Vgl. ebd.
- 98) Vgl. ebd.
- 99) Vgl. AB — 125 vom 12. 4. 47
- 100) Mündl. Auskunft von H. Born
- 101) Vgl. Zuncke, Lüd. 1941—1948, S. 50
- 102) Schriftl. Erinnerungen von H. Demmer, St.A.Lüd.
- 103) Schriftl. Erinnerungen von O. Bussemmer und W. Kattwinkel, St.A.Lüd.
- 104) Vgl. Günther, April 1945, a.a.O.
- 105) Mündl. Auskunft von W. Schulte
- 106) Mündl. Auskunft von W. Schulte
- 107) Mündl. Auskunft von Frau L. Moorss
- 108) Vgl. AB 53 vom 24. 11. 45
- 109) RSF = Radikal-Soziale-Freiheitspartei
- 110) Zitiert in AB 198 vom 10. 11. 48
- 111) Vgl. AB 70 vom 23. 3. 46
- 112) Vgl. Bruschwitz, Gewerkschaften im heimischen Raum, in: Der Märker, Heft 12/1966, S. 226 ff.
- 113) Mündl. Auskunft von J. Müller
- 114) Mündl. Auskunft von J. Müller
- 115) Mündl. Auskunft von J. Müller
- 116) Mündl. Auskunft von J. Müller
- 117) Mündl. Auskunft von J. Müller

### Abkürzungen

AB — Amtliche Bekanntmachungen für die Stadt Lüdenscheid  
DGO — Deutsche Gemeindeordnung  
NSDAP — Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
St.A.Lüd. — Stadtarchiv Lüdenscheid  
RSF — Radikal-Soziale-Freiheitspartei

Das Bildmaterial stellte das Stadtarchiv Lüdenscheid zur Verfügung.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung

Herausgeber: Lüdenscheider Geschichtsverein. Schriftleitung: Dr. Walter Hostert. Druck: Lüdenscheider Verlags-Gesellschaft.